



# Eine Landwirtschaft, die dem Wohl von Menschen, Tieren und Umwelt dient

## 1. Umbau der Nutztierhaltung / Abstockung der Tierbestände

Die Emissionen aus der Tierhaltung machen einschließlich der Futterproduktion rund 70 Prozent aller landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen aus. Allein die Produktion der Futtermittel beansprucht mehr als die Hälfte der deutschen Äcker und ca. 2,5 Millionen Hektar im Ausland. In unseren Partnerländern führt die Ausweitung der Anbauflächen wiederholt zu Vertreibungen der lokalen Bevölkerung und zur Zerstörung der Umwelt, etwa in Brasilien. Es braucht einen Umbau der Nutztierhaltung mit einer deutlichen Abstockung der Tierbestände und einer konsequent an die Fläche angepasste Tierhaltung. Dafür müssen der inländische Konsum und der Export tierischer Lebensmittel erheblich reduziert werden.

### MISEREOR erwartet von der künftigen Bundesregierung

- die Pläne der Borchert-Kommission zur Umgestaltung der Tierhaltung so schnell wie möglich umzusetzen und diese finanziell ausreichend auszustatten.
- eine Lenkungsabgabe auf konventionell erzeugtes Fleisch zu prüfen, um den Konsum von Fleisch- und Wurstwaren zu reduzieren, und eine staatliche, verpflichtende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung von Fleisch nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung einzuführen.

## 2. Stickstoffreduzierung

Die menschlich verursachte Freisetzung reaktiver Stickstoffverbindungen in die Umwelt hat sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts global etwa verzehnfacht und steigt weiter an. Aber nur ein Teil des eingesetzten Stickstoffs wird tatsächlich von den Pflanzen aufgenommen. Ein großer Teil des Stickstoffs entweicht ungenutzt in die Atmosphäre und in die Umwelt. Dort führt

er zu erheblichen Problemen, weil er die Funktionen von Ökosystemen aus dem Gleichgewicht bringt, die biologische Vielfalt in Gewässern und auf dem Land bedroht, den Klimawandel beschleunigt und die menschliche Gesundheit gefährdet. Der landwirtschaftliche Sektor ist mit 57 % die Hauptquelle reaktiver Stickstoffverbindungen. Den größten Anteil daran haben mineralische Düngemittel und die Tierhaltung, vor allem durch Futtermittel, die aus Übersee zu uns kommen.

### MISEREOR erwartet von der künftigen Bundesregierung

- eine Stickstoffüberschussabgabe einzuführen, um die beim überhöhten Stickstoffeinsatz anfallenden Umwelt- und Gesundheitskosten einzupreisen und so den Einsatz von Stickstoffdüngern zu reduzieren.

## 3. Ökolandbau ausbauen

Der ökologische Landbau ist eine besonders ressourcenschonende und umweltverträgliche Wirtschaftsform, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert. Als besonders klimafreundliches Anbausystem ist es konsequent auszubauen und sein Anteil bis 2030 auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen.

### MISEREOR erwartet von der künftigen Bundesregierung

- die Ausweitung von speziell auf den Ökolandbau zugeschnittener Forschung und Entwicklung auf einen Anteil von 20% der Agrarforschungsfördermittel des Bundes bis spätestens 2025.
- die Finanzplanung bis 2027 auf das 25 % Bio-Ziel der EU-Kommission bis 2030 auszurichten.
- den Ökolandbau als eigenständigen Ausbildungsgang zu etablieren, oder alternativ das „Prüfungsfach Bio“ in der traditionellen landwirtschaftlichen Ausbildung einzuführen.



## 4. Erarbeitung einer nationalen Ernährungsstrategie

Etwa 100 Milliarden Euro – über 25 % eines Bundeshaushalts – werden jedes Jahr für ernährungsbedingte Erkrankungen und ihre Folgen aufgewendet. Bislang gibt es keine wirksame Ernährungspolitik, die dieses Problem umfassend adressiert.

### MISEREOR erwartet von der künftigen Bundesregierung

- die Entwicklung einer nationalen Strategie mit einem partizipativen Ansatz für eine nachhaltige Ernährung.
- als öffentliches Signal die Erhöhung des Bioanteils in der öffentlichen Außer-Haus-Verpflegung des Bundes auf 50 % und die Halbierung des Fleischverbrauches.

## 5. Exportverbot von Pestiziden, die in der EU nicht genehmigt sind

Weltweit haben wir durch den weiter ansteigenden Pestizideinsatz hohe Schäden an Gesundheit von Mensch und Umwelt zu verzeichnen. Auch deutsche Akteure spielen hierbei eine wichtige Rolle.

### MISEREOR erwartet von der künftigen Bundesregierung

- auf Grundlage des Pflanzenschutzmittelgesetzes eine Verordnung zu erlassen, die den Export von Pestizidwirkstoffen verbietet, die in der EU nicht genehmigt sind. Außerdem muss sich die Regierung auf globaler Ebene für ein weltweites Verbot von hochgefährlichen Pestiziden einsetzen.

## 6. Förderung der Agrarökologie

Die Agrarökologie versucht, die Wechselwirkungen zwischen Pflanzen, Tieren und Umwelt zu optimieren, um eine nachhaltige und faire Nahrungsmittelproduktion zu ermöglichen. Sie ist eine ganzheitliche Antwort

auf die Herausforderung, genügend Lebensmittel anzubauen, ohne die Umwelt mit Pestiziden zu schädigen oder zur globalen Erwärmung beizutragen. Dabei geht es neben der Anbauweise um die demokratische Kontrolle über Ernährung und Landwirtschaft und den Respekt vor der Erfahrung der Menschen in der Landwirtschaft. MISEREOR hat unzählige Beispiele der positiven Wirkungen auf Mensch und Natur.

### MISEREOR erwartet von der künftigen Bundesregierung

- die Agrarökologie als Förderschwerpunkt des Agrar- und Ernährungsbereichs in Deutschland sowie in der Entwicklungsarbeit zu verankern.

## 7. Wahre Kosten der Lebensmittelproduktion müssen bilanziert werden

Das aktuelle Bilanzierungs- und Preisbildungssystem nimmt nicht das Verursacherprinzip auf. Somit sind ökologische Kosten und Leitungen nicht in Bilanz von Unternehmen enthalten und stellen eine extreme Marktverzerrung dar. Das schädigt die Menschen und Umwelt in Deutschland ebenso wie in unseren Partnerländern.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung empfiehlt, „in zentralen Handlungsfeldern die Preisanreize für eine nachhaltige Ernährung deutlich zu verstärken.“ (WBAE 2020) Nur wenn Akteure am Markt mit vergleichbarem Maßstab gemessen werden, wird die Basis für die Preisgestaltung gerechter. Über die Bilanzierung der wahren Kosten würden nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Investitionen gefördert und belohnt.

### MISEREOR erwartet von der künftigen Bundesregierung

- eine schrittweise Integration der Umwelt- und Sozialkosten in die Unternehmensbilanzen der Lebensmittelwirtschaft.